



**Bericht zum  
Landesgesetzentwurf  
Nr. 90/21**

**Änderung des Landesgesetzes vom 9. Oktober 2020, Nr. 11, „Bestimmungen über die beim Landtag angesiedelten Ombudsstellen“**

eingebraucht vom Landtagsabgeordneten Alessandro Urzì

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Die Debatte zum Gesetzentwurf des Parlamentarierers Alessandro Zan, die inzwischen in ganz Italien geführt wird, lenkt die Aufmerksamkeit erneut auf einige Passagen des Landesgesetzes Nr. 11 vom 9. Oktober 2020, „Bestimmungen über die beim Landtag angesiedelten Ombudsstellen“; dieser Gesetzentwurf wurde vom Präsidium des Landtags vorgelegt und vom Südtiroler Landtag vor knapp einem Jahr verabschiedet.

**Artikel 20** des erwähnten Gesetzes sieht nämlich Folgendes vor: „Bei der Volksanwaltschaft wird als Dienst für alle Bürgerinnen und Bürger eine Stelle eingerichtet (in der Folge als „Antidiskriminierungsstelle“ bezeichnet), die den Opfern rassistischer, ethnischer, sprachlicher, kultureller und religiöser Diskriminierung, den Opfern von Diskriminierungen aufgrund von Homo-, Bi- und Transphobie, einer Behinderung, des Aussehens, des Alters, sowie auch den Opfern von Diskriminierung aufgrund der Herkunft und der Zugehörigkeit zu einer Nation oder der politischen Ansicht beisteht, [...]“.

Die Antidiskriminierungsstelle hat folgende Aufgaben: sie überwacht systematisch Diskriminierungen; sie gewährleistet die Möglichkeit, Fälle zu melden, die als diskriminierend empfunden werden, auch in Form von Hassreden und Hassverbrechen; sie leitet die Beschwerde an die zuständigen Ombudsstellen weiter; sie bietet Diskriminierungsopfern über eine Beratungs- und Mediationsstelle direkten und indirekten Schutz in Konfliktsituationen; sie arbeitet mit dem Gesamtstaatlichen Amt gegen Diskriminierungen mit rassistischem Hintergrund (UNAR), mit anderen öffentli-

**Relazione sul  
disegno di legge provinciale  
n. 90/21**

**Modifiche alla legge provinciale 9 ottobre 2020, n. 11 recante “Disciplina degli organismi di garanzia insediati presso il Consiglio provinciale”**

presentato dal consigliere provinciale Alessandro Urzì

Gentili consigliere e consiglieri,

il dibattito che si sta sviluppando a livello nazionale sul disegno di legge parlamentare “Zan” riaccende i riflettori anche su alcuni passaggi della Legge provinciale 9 ottobre 2020, n. 11 recante “Disciplina degli organismi di garanzia insediati presso il Consiglio provinciale” – proposta dall’Ufficio di Presidenza del Consiglio provinciale e approvata dal Consiglio della provincia di Bolzano meno di un anno fa.

**L’articolo 20** della citata legge prevede infatti che “presso la Difesa civica è insediata, al servizio di tutte le cittadine e di tutti i cittadini, una struttura (di seguito denominata “Centro di tutela contro le discriminazioni”) che fornisce assistenza alle vittime di discriminazioni a sfondo razzista, su base etnica, linguistica, culturale, religiosa, basate su credenze omobitansfobiche, su una disabilità, sull’aspetto esteriore, sull’età, nonché alle vittime di discriminazioni fondate sull’origine e sull’appartenenza a una nazione o sulle opinioni politiche [...]“.

Al Centro di tutela contro le discriminazioni spettano i seguenti compiti: monitorare in modo sistematico le discriminazioni; garantire la possibilità di fare segnalazioni in merito a comportamenti ritenuti discriminatori anche sotto forma di incitamento all’odio e crimini generati dall’odio; inoltrare le segnalazioni all’organismo di garanzia competente; assistere in forma diretta o indiretta le vittime di atti discriminatori tramite un servizio di consulenza e mediazione delle situazioni di conflitto; collaborare con l’Ufficio nazionale antidiscriminazioni razziali (UNAR), con le altre istituzioni pubbliche

chen Einrichtungen auf lokaler, staatlicher, europäischer und internationaler Ebene sowie mit privaten Einrichtungen und Vereinigungen, die im Bereich der Bekämpfung der Diskriminierung tätig sind, zusammen; sie liefert auf Antrag der zuständigen Landes- und Gemeindestellen Vorschläge und Stellungnahmen zu Entwürfen für Rechts- und Verwaltungsakte, die das Thema Diskriminierung betreffen; sie wacht in Südtirol über die Anwendung der internationalen und europäischen Vereinbarungen zum Schutz der Opfer von Diskriminierungen und zur Gewährleistung der Gleichbehandlung im Sinne der Richtlinien Nr. 2000/78/EG und Nr. 2000/43/EG; sie fördert die Kenntnis und die Umsetzung der Menschenrechte und der gesellschaftlichen Gleichberechtigung; sie entwickelt Initiativen, um für die Gleichbehandlung und den Grundsatz der Nicht-Diskriminierung zu sensibilisieren; sie sammelt Hinweise auf etwaige Zuwiderhandlungen und liefert Informationen über den Schutz und die Wahrung der Rechte; sie beteiligt sich an den Aktionen und Programmen auf lokaler, staatlicher und EU-Ebene zur Förderung der Gleichheitsrechte; sie arbeitet mit den anderen öffentlichen Institutionen auf lokaler, staatlicher, internationaler und EU-Ebene sowie mit den privaten Körperschaften zusammen, die sich für den Kampf gegen Diskriminierungen einsetzen und im Register der Vereinigungen und Körperschaften gemäß Artikel 6 des gesetzesvertretenden Dekrets vom 9. Juli 2003, Nr. 215, eingetragen sind.“

**Artikel 22** des Gesetzes sieht hingegen die Einrichtung eines Beirates für die Planung und die Gestaltung der Arbeit der Antidiskriminierungsstelle vor, dem die Volksanwältin/der Volksanwalt, die/der Verantwortliche für die Antidiskriminierungsstelle sowie Vertreterinnen/Vertreter der Vereine und Verbände angehören, die im sozialen Bereich und im Bereich der Antidiskriminierung tätig sind.

Es handelt sich im Grunde um einen Beirat, welcher bloßen Absichten, oder besser gesagt, „Verhaltensweisen, die als diskriminierend empfunden werden“, „den Prozess“ macht, wobei das, was als diskriminierend „empfunden“ wird, natürlich von der subjektiven Wahrnehmung abhängt und nicht unbedingt diskriminierend sein muss. Darüber wird ein Organ entscheiden, das sich aus Vereinigungen und Organisationen zusammensetzt, die nicht zufällig überzeugte Befürworter der LGBT-

lokalen, nationalen, gemeinschaftlichen und internationalen nicht nur mit den privaten und den Vereinigungen, die Aktivitäten im Gegensatz zu den Diskriminierungen; formulieren, auf Anfrage der zuständigen Organen provinziellen und kommunalen, Vorschläge und Meinungen in Bezug auf Projekte von Normen und Verwaltungsakten in Bezug auf die Diskriminierung; überwachen die Anwendung im Territorium provinziellen der internationalen und europäischen Abkommen zum Schutz der Opfer der Diskriminierungen, um die Gleichbehandlung zu gewährleisten im Sinne der Richtlinien Nr. 2000/78/CE und Nr. 2000/43/CE; fördern die Kenntnis und die Anerkennung der Menschenrechte und der sozialen Gleichheit; entwickeln Initiativen zur Sensibilisierung zum Thema der Gleichbehandlung und zum Prinzip der Nicht-Diskriminierung; sammeln die Meldungen von eventuellen Verstößen, indem sie Informationen über die Modalitäten der Verteidigung und der Ausübung der Rechte; teilnehmen an den Aktionen und den Programmen lokalen, nationalen und gemeinschaftlichen für die Förderung der Gleichheit; zusammenarbeiten mit den anderen öffentlichen Organen lokalen, nationalen, gemeinschaftlichen und internationalen nicht nur mit den privaten Akteuren im Bereich des Gegensatzes zu den Diskriminierungen und eingetragen im Register der Vereinigungen und der Organen, von denen Artikel 6 des Gesetzes vom 9. Juli 2003, Nr. 215.

**L'articolo 22** della normativa di cui ci stiamo occupando, prevede invece la creazione di una Consulta per la pianificazione e la gestione dell'attività del Centro per la tutela contro le discriminazioni, di cui fanno parte la Difensora civica/il Difensore civico, il responsabile del Centro per la tutela contro le discriminazioni e i rappresentanti di associazioni e organizzazioni impegnate in ambito sociale e nel contrasto alle discriminazioni.

In pratica ed in sostanza un Comitato che procederà ai “processi” alle intenzioni, o meglio ai “comportamenti ritenuti discriminatori”, dove quel “ritenuti” sta per quello che è percepito e non necessariamente deve essere discriminatorio. A deciderlo sarà un organismo composto da associazioni e organizzazioni non a caso già schierate, della galassia Lgbt, il cui parere si conosce prima che si esprimano.

Bewegung sind, deren Meinung hinlänglich bekannt ist.

Das Landesgesetz, das von der derzeitigen Mehrheit genehmigt wurde, und das Gesetz des Parlamentariers Zan, gegenüber welchem Fratelli d'Italia, aber auch andere nationale politische Gruppierungen, starke Bedenken geäußert haben und auf die Gefahr der Einführung eines Meinungsdelikts hingewiesen haben, unterscheiden sich in einem einzigen Punkt: Auf staatlicher Ebene sind strafrechtliche Sanktionen vorgesehen, zumal der Staat für die Justiz zuständig ist, während es in Südtirol lediglich ein gerichtliches Schnellverfahren und Meldungen von als diskriminierend „empfundenem“ Verhalten geben wird. Letztere könnten nach der Verabschiedung des „Zan“-Gesetzes, allerdings auch bei einem Richter landen, der auf der Grundlage jenes Staatsgesetzes Strafen verhängen und Andersdenkende auf jeden Fall zu einem aufwändigen Gerichtsverfahren verdonnern könnte. Und dies alles nur aufgrund einer als diskriminierend „empfundenen“ Absicht.

Wir hatten bereits auf die vagen Formulierungen und Begriffe zum Thema Diskriminierungen im besagten Landesgesetz hingewiesen: Es genügt, dass eine Verhaltensweise als diskriminierend empfunden wird (und nicht, dass diese effektiv diskriminierend ist und daher richtigerweise Anzeige erstattet wird), um ein Gerichtsverfahren in die Wege zu leiten, oder die Person, die einer als falsch „empfundenen“ Verhaltensweise beschuldigt wird, sogar öffentlich an den Pranger zu stellen. Es bedarf also keines Beweises für die „Diskriminierung“, sondern es genügt, dass ein Verhalten als diskriminierend empfunden wird. Zum Beispiel würde es ausreichen, sich darüber zu beklagen, dass sich im Bahnhofspark Gesindel herumtreibt, das den guten Ruf der Stadt Bozen arg in Mitleidenschaft zieht, um als Anstifter von „rassistischen Diskriminierungen“ zu gelten; es genügt, bei der Begegnung mit einem als Frau gekleideten Mannes (eine Abgeordnete hatte von diesem Vorfall während der Debatte im Landtag berichtet), überrascht und neugierig dreinzuschauen, um bereits wegen sexuell diskriminierendes Verhaltens angezeigt zu werden.

Welche Diskriminierungen moralisch zu verurteilen sind werden dann u.a. die Vertreter von Vereinigungen und Organisationen entscheiden, die sich für die Bekämpfung von Diskriminierungen

L'única differenza fra la legge della Provincia approvata dall'attuale maggioranza e la legge Zan su cui Fratelli d'Italia – ma anche altre componenti politiche nazionali – mantengono alto l'allarme denunciando il pericolo di introduzione del reato d'opinione è che a livello nazionale sono previste sanzioni penali, perché è lo Stato competente per la Giustizia, mentre in Alto Adige ci sarà solo un processino sommario e segnalazioni sui comportamenti “ritenuti” discriminatori che, però, con una legge Zan approvata, potrebbero finire sul tavolo del giudice che sulla base della legge Zan potrebbe applicare sanzioni e in ogni caso sottoporre il portatore di idee diverse ad un calvario giudiziario. Solo sulla base di una intenzione “ritenuta” discriminatoria.

Abbiamo già avuto modo di richiamarci alla vaghezza dei termini evocati dalla citata Legge provinciale rispetto al tema delle discriminazioni: basta solo che un comportamento sia ritenuto discriminatorio (non che lo sia per evidenza dei fatti, e quindi giustamente denunciabile) per innescare un processo se non un linciaggio verso l'autore di quel comportamento “ritenuto” sbagliato. Non dovrà esserci una prova di una “discriminazione” ma solo il ritenerla tale. Ovvero potrebbe bastare l'annotare con doglianza che il parco della stazione è invaso da sbandati che stanno distruggendo la reputazione della città di Bolzano per “potere essere ritenuti” fomentatori di “discriminazione a sfondo razzista”; basterà per esempio, di fronte ad un uomo vestito da donna (esempio reale citato nel corso del dibattito da una consigliera provinciale) uno sguardo accompagnato da una espressione del viso di sorpresa o semplice curiosità per essere passibili di denuncia per atteggiamenti discriminatori dal punto di vista sessuale.

A decidere poi quali siano le discriminazioni passibili di sentenza morale fra gli altri i rappresentanti di associazioni e organizzazioni “impegnate nel contrasto alle discriminazioni” e si lascia immagi-

einsetzen; man kann sich bereits jetzt vorstellen, dass sich eine ganze Reihe von Vereinigungen der Regenbogenbewegung dafür engagieren werden. Sie gehören alle der alternativen Linken an, zumal eine Vereinigung der Rechtsparteien, die sich gegen Diskriminierungen einsetzt oder sich nicht in die gleichgeschaltete Gendermentalität einreicht, niemals als eine gegen Diskriminierungen kämpfende Vereinigung gelten könnte, sondern wenn schon als Auslöser von Diskriminierungen betrachtet wird. Es ist kein Zufall, dass die am Family Day teilnehmenden Vereinigungen, „Pro-vita“ und „Della famiglia“, nicht einmal zu den Anhörungen, die im Vorfeld der Behandlung des vom Landtag genehmigten Gesetzentwurfs stattgefunden haben, eingeladen wurden. Man war nicht daran interessiert, ihre Sicht der Dinge anzuhören. Es wurden hingegen – ohne jeglichen Einwand der Mehrheit – die Organisationen eingeladen, die radikale Standpunkte vertreten, wie LGBT und Centaurus, allesamt linksgerichtete Vereinigungen, als ob sich nur diese mit dem Thema der Diskriminierungen auseinandersetzen würden.

Die Schlussfolgerungen, die man daraus ziehen kann, bedürfen keiner weiteren Kommentare: Genauso wie der Gesetzentwurf „Zan“ beschränken auch die erwähnten Passagen des Landesgesetzes Nr. 11 vom 9. Oktober 2020 im hohen Maß die Meinungsfreiheit und nehmen de facto die Einführung des Meinungsdeliktes in unsere Rechtsordnung vorweg. Aus diesen Gründen wird mit dem vorliegenden Gesetzentwurf die vollständige Streichung dieser Passagen aus dem erwähnten Landesgesetz oder eine grundlegende Änderung derselben vorgeschlagen.

gez. Landtagsabgeordneter  
Alessandro Urzi

nare la pletera di organizzazioni arcobaleno previste e comprese. Tutte di Sinistra alternativa perché ovviamente un'associazione contro le discriminazioni di destra o anche solo "non conformista" secondo il pensiero unico sul gender non sarà mai considerata tale, ma una causa, semmai, di discriminazione essa stessa. Non a caso, nelle audizioni preventive sulla legge poi approvata in Consiglio, le associazioni "Pro-vita" e "Della famiglia" partecipanti al Family day non sono state neppure ascoltate. Neanche si è voluto sentire cosa avessero da dire; invitati invece, senza alcuna obiezione di maggioranza, le organizzazioni militanti impegnate sul pensiero radicale, Lgbt, Centaurus, tutte di Sinistra. Ovviamente come se solo queste si occupassero di discriminazioni.

Il quadro che se ne ricava non necessita di ulteriori aggiunte: come il Ddl Zan, anche questi passaggi della Legge provinciale 9 ottobre 2020 n. 11 limitano fortemente la libertà di espressione ed anticipano di fatto l'introduzione del reato di opinione nel nostro ordinamento giuridico e quindi è per queste ragioni che con questo disegno di legge se ne chiede il loro stralcio integrale dalla citata legge provinciale o la loro sostanziale modifica.

f.to consigliere provinciale  
Alessandro Urzi

Beim Generalsekretariat des Südtiroler Landtages  
am 19.7.2021 eingegangen, Prot. Nr. 4179/ED/tw

Pervenuta alla segreteria generale del Consiglio  
della Provincia autonoma di Bolzano in data  
19/7/2021, n. prot. 4179/ci/bb